

IG setzt weiter große Hoffnung in Wulff

OFFENER BRIEF „Vorsicht Hochspannung“ appelliert eindringlich an Landesvater

COLNRADE/MAB – Einen offenen Brief hat die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“ an Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff geschickt. Darin erinnert die IG den Landesvater an das gemeinsame Gespräch im Januar, in dem Wulff offenbar zugesagt hatte, die Möglichkeit einer Erdverkabelung als Alternative zu einer 380-kV-Hochspannungsleitung zu prüfen. „Wir warten immer noch auf Antwort Ihrerseits“, zeigt sich IG-Sprecher Frank Windhorst aus der Gemeinde Colnrade enttäuscht.

„Ihre Bemühungen, den Netzbetreiber Eon für ein Pilotprojekt zu gewinnen, begrüßen wir zwar sehr, aber leider ist vorhersehbar, dass

Eon kein Interesse daran hat“, bedauert Windhorst. Eon befürchte, dass dann künftig alle geplanten Höchstspannungsleitungen in dieser Technik verlegt werden müssten. Der Faktor „Zeit“ arbeite jedoch für Eon und gegen die Interessen der Bürger, da das Verfahren zur Genehmigung der Freileitungstrasse zwischen Ganderkesee und St. Hülfe immer weiter fortschreite.

„Seit drei Jahren kämpfen wir gegen die Freileitung und beziehen sowohl Landes- als auch Bundespolitiker mit ein, aber niemand nimmt die Sache wirklich in die Hand“, är-

gert sich Windhorst. Dabei sprächen sich sämtliche Fraktionen des Niedersächsischen Landtages für eine Erdverlegung aus. „Es besteht dringender Handlungsbedarf von seiten der Niedersächsischen

*„Keine Lösung
sehen wir in der
Verschiebung
der Trasse“*

FRANK WINDHORST

Landesregierung, das Vorhaben Freileitung zu stoppen“, meint der IG-Sprecher, der 3500 Mitglieder vertritt. Keine Lösung werde in einer Verschiebung der Trasse gesehen. Das Konfliktpotenzial lasse sich nur minimieren, wenn Stromtrassen unter der Erde verlegt würden.

Die IG appelliert an Wulff: „Wir als IG setzen große Hoff-

nungen in Ihre Person. Mit Anwendung der Erdverlegung könnte man auch dem Ziel, Niedersachsen als innovatives Bundesland und die BRD als Vorreiter im Bereich Klimaschutz voran zu bringen, wesentlich näher kommen.“

Die IG konfrontiert den Ministerpräsidenten mit seinen eigenen Worten: „Über geltende gesetzliche Anforderungen hinaus sollen Vorsorge für die Einhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen getroffen und künftige Belastungen vermieden werden.“ Windhorst schreibt: „Hier möchten wir Sie beim Wort nehmen. Vertreten Sie uns Bürger, vertreten Sie nicht Eon. Die Energieversorger haben keine Hilfe nötig, wir Niedersachsen schon.“